Wir schaffen auf der anderen Seite im Rahmen dessen, was möglich ist und was das Bundesrecht hergibt, gute Bleiberechtschancen für gut integrierte Geduldete.

Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Ich sage das – und deswegen spreche ich überhaupt noch zu dem Antrag –, weil uns auch im Netz, auf der Tribüne und anderswo Menschen zuhören: Lassen Sie sich nichts einreden. Hier wurden zum Teil völlig verzerrte Zahlen dargelegt.

Es geht aber auch darum, dass mit dem Begriffspaar „vollziehbar ausreisepflichtig“ Suggestionen erzeugt werden. Das ist ein juristischer Terminus. Wenn jemand vollziehbar ausreisepflichtig ist, fragen sich die Menschen natürlich: Wieso geht die Politik nicht hin und schiebt ihn am nächsten Tag ab?

„Vollziehbar ausreisepflichtig“ heißt aber nur, dass im juristischen Verfahren keine Möglichkeit mehr besteht, einen Bleibestatus nach dem üblichen Recht zu erhalten.

Das heißt aber nicht, dass beispielsweise die entsprechenden Passpapiere vorliegen und der Herkunftsstaat diese Leute wieder aufnimmt. Es gibt zig andere Gründe, warum wir vollziehbar Ausreisepflichtige nicht ausreisen lassen können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Das ändert sich auch nicht, wenn Sie hinten aus der letzten Reihe zum fünfundzwanzigsten Mal dazwischen blöken.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Wir werden diese konsequente Politik fortsetzen, indem wir die Bleiberechte für diejenigen, die sich gut integriert haben, durchsetzen.

Gerade erst hat mich ein ostwestfälisches mittelständisches Unternehmen angeschrieben und mir anhand des Beispiels von fünf Azubis, die alle mit ganz unterschiedlicher Biografie hierhergekommen sind, sich top integriert haben, Klassenbeste sind, ihre Gesellenprüfung machen und die Ausbildung abschließen, geschildert, es sei mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesegnet.

Wollen Sie die abschieben?

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wahrscheinlich ja. Wir aber wollen, dass sie in der Mitte der Gesellschaft ihren Platz finden.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie sagen, die Zahlen der Rückführungen von Gefährdern seien zu gering. Wissen Sie, welche diplomatische Anstrengung es bedeutet, Gefährder in ihre Heimatländer zurückzuführen?

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Schauen Sie sich doch allein mal an, welche Diskussionen wir bei der Rücknahme von deutschen ISIS-Kämpfern in Syrien haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie müssten sich einmal wirklich mit der Sache beschäftigen, statt die Bevölkerung mit dümmlichen Klischees und falschen Zahlen zu verunsichern.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Mit dieser Politik muss Schluss sein. Wir machen eine konsequente Migrationspolitik:

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Bleiberecht für all diejenigen, die sich integrieren, und Rückführungen bei denjenigen, wo das notwendig ist. Das ist unser Kurs, und den setzen wir fort; da können Sie beantragen, was Sie wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8415 an den Integrationsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung stattfinden. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Damit haben wir entsprechend überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern.“

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8414

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff* (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum beantragt die FDP-Landtagsfraktion die Einsetzung einer Enquete „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“?

Vordergründig sehen wir vor allem Proteste von Landwirten, die in ehrlicher Angst um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Familien und Betriebe – teilweise arbeiten sie seit Jahrhunderten auf der gleichen Scholle – auf die Straße gehen.

Wir sehen berechtigten Protest, und zwar weil Landwirte seit Jahrzehnten darunter leiden, dass sie an einer Hauptkonfliktlinie gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung agieren.

Zwischen diesen Fronten des Politischen werden vor allem unsere kleinen und mittelständischen Familienbetriebe in der Landwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen zerrieben.

Das dürfen wir nicht zulassen, denn Landwirtschaft ist die Grundlage unseres Lebens. In jedem Lebensmittel steckt Landwirtschaft.

Deshalb ist es ein besonderes Thema, da es jedermann jeden Tag betrifft und nahezu jeder auch eine Meinung dazu hat – oft aber leider keine Ahnung.

In der gesellschaftlichen und politischen Debatte der letzten Jahre wurde der Eindruck vermittelt, nur ein Ziel könne erreicht werden: Entweder geht es den Betrieben gut – dann werden die Umwelt und die Qualität der Produkte vernachlässigt –, oder die Umwelt wird geschützt; dann geht es den Betrieben schlecht.

Wir möchten mit dieser ewigen Entweder-oder-Debatte Schluss machen und diese Ziele zusammenführen. Deshalb: Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Landwirte in Nordrhein-Westfalen zeigen nämlich seit Jahrzehnten, wie leistungsfähig sie sind und wie nachhaltig sie produzieren können. Das wird aber nicht honoriert, und das ist das Problem.

Der Protest der Bauern ist vor allem Ausdruck ohnmächtiger und ehrlicher Ratlosigkeit.

(Zuruf von der AfD)

Egal, was auf dem Acker oder im Stall passiert – es kommt immer jemand und weiß alles besser. Ob das am Ende umsetzbar ist, ist egal, und bezahlen will das auch keiner. „Man müsste mal“, „man könnte mal“, „man muss doch verstehen“ – so geht es einfach nicht weiter.

Es gibt Nebelkerzenbegriffe wie „Agrarwende“, die eigentlich nicht mit Leben gefüllt sind. Was der Landwirt da wirklich tun soll, bleibt im Unklaren. Darunter leiden die Landwirte, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch persönlich durch Anfeindungen, Mobbing von Landwirtkindern in der Schule oder in sozialen Netzwerken.

Dabei betreibt die Landwirtschaft aktiven Klima- und Umweltschutz, ernährt uns und schafft Arbeitsplätze

und Wertschöpfung. Ohne Landwirtschaft gibt es keine funktionierende Gesellschaft. Deshalb brauchen Landwirte Planungssicherheit und zuverlässige Rahmenbedingungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Landwirte planen und investieren nämlich nicht in Wahlperioden, sondern in Jahrzehnten – Waldbauern sogar in Jahrhunderten.

Leider haben sich Teile der Verbraucher und der Landwirte ungesund weit voneinander entfernt. Gegenseitiges Verständnis oder gegenseitiger Respekt haben stark gelitten.

Wir als Freie Demokraten wollen mit dieser Enquete-Kommission zwischen diesen einzelnen Akteuren vermitteln. Es gibt ein gesamtgesellschaftliches Interesse an gesunden Betrieben und einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln; essen müssen schließlich alle. Es ist im Prinzip noch wichtiger als die Debatte um die Energiesicherheit, die hier im Haus ja auch mit großer Verve geführt wird. Essen ist genauso wichtig und substanzial für unser Leben.

Wenn wir nicht aufpassen und nicht aufhören, auf diese Art und Weise mit unserer Landwirtschaft zu streiten und umzugehen, werden wir sie in Teilen aus Deutschland, aus Nordrhein-Westfalen heraustreiben. Wir kennen das aus anderen Bereichen, und das wäre dramatisch. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir vom Import von Nahrungsmitteln abhängig werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist die Enquete eine großartige Chance. Sie bietet erst- und einmalig die Möglichkeit, die drängenden Fragen der Landwirtschaft und die damit zusammenhängenden Aspekte „gesunde Umwelt“ und „gesundes Essen“ in einer überfraktionellen wissenschaftlichen Kommission zu diskutieren – unabhängig vom täglichen politischen Klein-Klein, zusammen mit Landwirten, Sachverständigen, Verbänden, Umweltschützern, Wissenschaftlern und natürlich auch der Industrie.

Wir brauchen nicht mehr und nicht weniger als einen neuen gesellschaftlichen Konsens für die Zukunft der Landwirtschaft, für unsere Ernährung und unsere Umwelt.

Ich freue mich, dass diese Enquete hoffentlich diesen wichtigen Fragen auf den Grund geht und dass sie unideologisch und ehrlich diese Arbeit aufnimmt jenseits des Parteigezänks. Das sind wir auf jeden Fall unseren Landwirten hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch unserer eigenen Zukunft schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Missverständnisse zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung nehmen zu. Sie betreffen die Produktionsweise – Latzhose und Gummistiefel kontra Melkroboter und Sensortechnik –, die Umweltwirkungen – Gülle gleich Gift oder Teil der bedarfsgerechten Düngung – und die soziale Nachhaltigkeit – selbstbestimmtes Arbeiten, Agrarromantik versus Regulierungswut, fehlende Work-Life-Balance und Hofnachfolge.

Die Bilder der Schlepperkonvois fordern zurzeit die Agrarpolitik heraus; deswegen kommt der Antrag zur rechten Zeit.

Die Agrarpolitik soll dem Konzept der multifunktionalen Landwirtschaft folgend mehrere Ziele erreichen, von denen der Titel der Enquete einige heraushebt: die Sicherstellung der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, eine Erzeugung mit geringstmöglichen Einflüssen auf die natürlichen Ressourcen unter Förderung der Biodiversität sowie die Lösung des Problems der Einkommensdisparität. Landwirte brauchen attraktive Entgelte für ihre Produkte und Dienstleistungen, sonst fehlt morgen der qualifizierte Nachwuchs.

Die wichtigsten Sachgebiete der Agrarpolitik sind die Agrarmarkt- und Preispolitik, die Agrarumweltpolitik, die Agrarstrukturpolitik, die Agrarsozialpolitik, die Agrarkreditpolitik und die Agrarbildungs- und -wissenschaftspolitik. Sie alle spricht der Antrag an.

In entwickelten Volkswirtschaften wie der unsrigen mit einem Erwerbstätigenanteil von 1,4 % und einer Bruttowertschöpfung von 0,9 % erfolgt häufig eine mangelnde Rücksichtnahme der Politikverantwortlichen auf die Besonderheiten in der Landwirtschaft. Das Mercosur-Abkommen ist zurzeit ein gutes Beispiel hierfür.

Warum ist Agrarpolitik so wichtig? – Sie muss neben den thematischen auch zeitliche, räumliche und soziokulturelle Aspekte beachten. Ein Beispiel: Wir sprechen häufig von Schweinemästern oder Milchbauern, aber es gibt individuell ganz unterschiedliche Betriebsleitereigenschaften. Sie zu differenzieren, dient der besseren Zielgruppenbestimmung bei Dienstleistungen und Serviceangeboten.

Mit dem allgemeinen Trend zur Spezialisierung differenziert sich die Food-Chain aus: von den Vorleistungen der landwirtschaftlichen Produktion über die Erfassung, die Verarbeitung in Ernährungshandwerk und -industrie, den Lebensmitteleinzelhandel bis hin zu den unterschiedlichen Verbraucherguppen.

Mit der abnehmenden Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinkt tendenziell der Einfluss der Produzenten in dieser Kette.

Es sinkt auch die Zahl der Landwirte und ihrer Familienangehörigen, die als Kommunikatoren in der breiten Bevölkerung ein realistisches Bild einer zeitgemäßen Landwirtschaft vermitteln könnten.

Auf der einen Seite sind Nahrungsmittelerzeugung und Verarbeitung so effizient, dass wir nur noch 14 % für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Damit verschiebt sich aber auch der Wahrnehmungsfokus von uns Verbrauchern immer weiter.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wer weiß noch, warum und wie gepflügt wird, warum bei der Milchproduktion Kälber anfallen oder wie eine Flüssigfütterung funktioniert? Wer weiß noch, was PSE-Fleisch ist oder die Bezeichnung „schnittfester vierter Aggregatzustand von Wasser“ für Hollandtomaten?

Metzger klagen schon lange über den Verlust von Fertigkeiten in der Essenzubereitung, Allgemeinmediziner über zunehmende Fälle von Diabetes und Adipositas.

Was bedeutet dann die bekundete Zahlungsbereitschaft situativer Einzelesser à la „Kevin alleine vor dem Kühlschrank“, wenn er weder den Prozess noch die Produktqualität abschätzen kann?

Wenn die wenigen Alltagsgespräche über und nicht mit der Landwirtschaft imagebildend sind, werden wir vor diesem Hintergrund Akzeptanz finden, wenn demnächst KI-Roboter und Drohnen den menschlichen Arbeitseinsatz auf dem Acker und im Stall entbehrlich machen? Was können wir tun, um Konflikte zu versachlichen und die Akzeptanz zu befördern?

Der Erfolg agrarpolitischer Maßnahmen hängt nach Niehaus davon ab, dass sie den gesellschaftlichen Normen entsprechen, der Wirtschaftsstruktur angepasst sind, mit übergeordneten Politikzielen verträglich sind und zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt werden.

Insofern ist die Einsetzung einer Enquetekommission das richtige Signal. Wir hören zu. Wir wollen gerade im Vorfeld der neuen GAP-Förderperiode die richtigen Maßnahmen für unser Handeln in NRW definieren.

Wir werden vermutlich nicht alle relevanten Aspekte beleuchten können, aber unsere Landwirtschaft, unsere Landwirte haben es verdient, die Wertschätzung einer solchen Enquete zu erfahren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Nolten. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren mit einigen Kolleginnen und Kollegen auf der Grünen Woche. Da rollten die Trecker – wir haben das beeindruckt feststellen können – sowohl am Freitag als auch am Samstag. Die eine Aktion der Landwirte heißt „Land schafft Verbindung“. Am Samstag fand zum zehnten Mal „Wir haben es satt!“ statt.

Im ganzen Land, auch bei uns, gehen die Landwirte auf die Straße, weil – das müssen wir schon feststellen – sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen.

Seit 2005 ist das Landwirtschaftsministerium – das muss man schon feststellen – in CDU- und CSU-Hand. In dieser ganzen Zeit sind wichtige Fragen wie Ferkelkastration, wie Kennzeichnung Fleisch, wie Kastenstand bei den Sauen oder aber auch die Düngerverordnung nicht geregelt worden.

Dass das zu Unfrieden in der Szene führt, ist doch klar – gerade jetzt, wo die Strafandrohung im Raume steht. Bis Mai/Juni muss das von Deutschland geliefert werden; sonst kommen Strafzahlungen auf uns zu. Deswegen muss endlich reagiert werden. Das weiß Frau Klöckner, und das müssen auch die Bauern zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren kommt hinzu, dass sich die Landwirtschaft seit Jahrzehnten nach dem Prinzip ausrichtet – ich bin Bauerntochter; ich habe das selbst mitbekommen –: wachsen, weichen, spezialisieren und für den Weltmarkt produzieren. Heute sage ich: Diese Geschichte ist zu Ende erzählt. Die Landwirte merken, dass sie von dem, was sie heute produzieren, nicht mehr leben können.

Zu der Großen Anfrage zur Ernährungsindustrie liegt uns eine klare Antwort vor: Es wird eine Menge an der Landwirtschaft verdient, aber nicht mit der Landwirtschaft. Das Geld wird vor allen Dingen im nachgelagerten Bereich verdient. Daher ist es verständlich, dass viele Landwirte jetzt auf die Straße gehen.

Doch wer trägt daran die Schuld? Ist es etwa nur die Politik? Ich glaube, diese Kritik greift zu kurz; denn die Erlöse der landwirtschaftlichen Betriebe sind einem großen Preisdruck ausgesetzt. Das ist vorhin auch von Herrn Nolten gesagt worden. Die enorme Marktmacht der Lebensmittelkonzerne und des Einzelhandels drückt die Erzeugerpreise immer weiter in den Keller. Die Landwirte sollen immer günstiger produzieren und dabei gleichzeitig immer mehr Anforderungen erfüllen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher an sie stellen.

Schaut man in die Obst- und Gemüsetheken, stellt man fest: gutes Angebot. Aber wir geben nur noch

11 % unseres Einkommens – so sind meine Zahlen – dafür aus.

Doch zu den geringen Erträgen kommt noch ein weiteres Problem, das ich schon in einigen meiner Reden klargemacht habe: der enorme Kapitaleinsatz, der in diesem Bereich notwendig ist. Hinzu kommen die hohen Pacht- und Bodenpreise, die ebenso stark angestiegen sind. Das alles heizt den Strukturwandel an.

Nur wenn wir es schaffen, mit allen Akteuren und Interessenvertretern diese Erwartungen und Herausforderungen zu meistern, wird daraus ein Zukunftsplan für die Landwirtschaft. Svenja Schulze, unsere Bundesumweltministerin, sagt: Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag in dieser Sache. – Wir hoffen darauf, dass die Enquetekommission diese Zukunftsstrategien entwickeln und erarbeiten kann. Insofern werden wir natürlich der Einsetzung dieser Enquetekommission zustimmen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir brauchen vor allem eine starke, eine heimische, eine regionale Landwirtschaft – eine Landwirtschaft, die durch moderne, umweltverträgliche und vor allem nachhaltige Bewirtschaftung eine Perspektive für die Zukunft hat, indem sie vor Ort ihre Produkte produziert, die hier in der Region auch verkauft und konsumiert werden. Da verweise ich wieder auf unseren Antrag zu guter Kita- und Schulverpflegung, mit dem wir das verbinden können.

Nun wird es demnächst, im Frühjahr 2020, in der Europäischen Kommission die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ geben. Das wird eine gute Orientierungshilfe sein, die auch für unsere gemeinschaftliche Arbeit in der Enquetekommission eine gute Hilfestellung sein kann. Ich habe Till Backhaus, den Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, bei der Eröffnung der Grünen Woche erlebt, wo er gesagt hat: Landwirtschaft ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Erkenntnisse und Ergebnisse der Enquetekommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Rüsse das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Norwich Rüsse (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Vielen Dank an die FDP für das unserer Meinung nach spannende Thema „Landwirtschaft“.

(Henning Höne [FDP]: Bitte!)

Diese Enquetekommission kommt natürlich zur richtigen Zeit. Das ist gar keine Frage, und dazu ist auch schon einiges gesagt worden.

Herr Diekhoff hat, meine ich, das Wort „Agrarwende“ aufgegriffen. Ich glaube, dass dieser Begriff gar nicht so verkehrt ist, weil uns allen klar ist, dass wir in einer Endphase und an einem Punkt angekommen sind, an dem wir sagen, dass wir Landwirtschaft so nicht weiterbetreiben können. Wir haben die entsprechenden Konflikte. Wir wissen, dass wir jedes Jahrzehnt etwa ein Viertel der Bauernhöfe verlieren. Wir können also eigentlich jetzt schon sagen: Ein Viertel der 30.000 bestehenden Betriebe wird in zehn Jahren nicht mehr da sein. – Das ist ein Prozess, den wir so nicht haben wollen. Da sind wir alle uns einig.

Gleichzeitig diskutieren wir seit dem Jahrzehnt, in dem ich schon hier im Landtag bin, darüber, dass wir die Probleme nicht wegstreichen. Es ist eben nicht nur ein Problem der Darstellung gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern tatsächlich sind noch andere Probleme vorhanden.

Die Frage, wie wir Tiere halten, beschäftigt die Menschen heute mehr als vor 30 Jahren, als wir die Richtung eingeschlagen haben, über Tierhaltung zu diskutieren. Daher ist es gut, wenn wir diese Enquetekommission haben, um das Thema aufzugreifen und zu schauen, wohin es sich entwickeln muss.

Zur Problematik der Umweltbelastung: Ja, die Bäuerinnen und Bauern sind auf der Straße. Sie demonstrieren gegen die Düngeverordnung. Die Frage ist, wie man die Umweltbelastung steuern kann. Die Bäuerinnen und Bauern thematisieren auch, ob sie immer richtig behandelt werden.

Ich sage immer wieder, dass das eigentliche Kernproblem dahinter ist, dass sie mit ihren Produkten einfach zu wenig Geld verdienen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Unsere Landwirtschaft kann sich den Umweltschutz, den wir von ihr erwarten und der auch sein muss, im Prinzip nicht mehr leisten. Das ist ein Armutszeugnis. Dann ist es gut, wenn wir uns mit solch einer Enquetekommission im Landtag auf den Weg machen, um zu prüfen: Wie bekommen wir eine Produktion hin, die das alles miteinander verknüpft? Wie schaffen wir es, für die Landwirte einen Mehrwert zu erzeugen, sodass sie pro Tier tatsächlich wieder mehr einnehmen, als es im Moment der Fall ist?

Wir haben auch gestern kurz darüber diskutiert, und ich habe das Beispiel des Bullenkalbs angesprochen. Wenn ein Kalb einen Wert von 10 Euro hat, dann ist das in der Tat eine Schiefelage, die wir so nicht akzeptieren können.

Über die Herausforderungen des Klimaschutzes haben wir noch heute Morgen gesprochen, Stichwort

„Kohleausstieg“ usw. Wir alle wissen, dass die Landwirtschaft einen Anteil von etwa 14 % hat. Natürlich wird auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten müssen. Sie wird klimaeffizienter werden müssen. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema.

Herr Diekhoff, da der Begriff „Agrarwende“ von Ihnen nicht geliebt wird, können wir uns für die Landwirtschaft vielleicht auf den Begriff „Zeitenwende“ einigen. Das ist, glaube ich ...

(Henning Höne [FDP]: Muss denn immer alles eine Wende sein?)

– Herr Höne, wenn Probleme groß sind und man in eine neue Richtung gehen müssen ... Sie lachen ein bisschen darüber.

(Henning Höne [FDP]: Aber mit Ihnen!)

Ich erkenne in der Landwirtschaft sehr viel Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Ich sehe, mit wie viel Interesse sich Bäuerinnen und Bauern Offenstallhaltungen ansehen und es als spannend empfinden, was mittlerweile bei diesen Ställen möglich ist; sie haben bezweifelt, dass so etwas funktioniert. Daran besteht ein enormes Interesse. Wir haben Veränderungen vor uns, die man nicht unterschätzen sollte.

Das gilt auch für den Acker. Die Frage der Digitalisierung ist in Ihrem Antrag genannt. Was passiert denn, wenn tatsächlich Roboter in der Lage sind, Unkräuter gezielt zu jäten? Wie wird sich unser Ackerbau an der Stelle verändern? – Das ist Zeitenwende.

Ich nenne Ihnen noch ein anderes Beispiel. Wir sind mit dem Münsterland ein sogenannter Veredelungsstandort. Was passiert denn, wenn sich Laborfleisch tatsächlich durchsetzt? Wenn ein Unternehmen in den USA, ein Start-up, 180 Millionen Euro von Investoren einsammeln kann, um die Frage von in Fabriken erzeugtem Fleisch voranzutreiben, dann wissen diese Investoren doch, warum sie das tun. Jetzt müssen wir überlegen, was das am Ende für unsere Landwirtschaft bedeutet. Wir müssen auch über solche Fragen sprechen. Wir befinden uns in einem Prozess, bei dem wir noch gar nicht genau wissen, wo er schließlich enden wird.

Wir werden Veränderungen bekommen. Aber wie können wir neue Felder für die Landwirtschaft erschließen? Welche Antworten haben wir darauf? Ich bin gespannt, was wir der Landwirtschaft anbieten können, damit sie diesen Weg mitgehen kann.

Thematisch haben Sie drei Blöcke benannt: die Umwelt, die landwirtschaftlichen Betriebe und gesunde Ernährung. Ich finde, das ist umfassend dargestellt. Damit kann man arbeiten.

Insgesamt freuen wir uns als Fraktion. Ich persönlich freue mich auch sehr darauf, in dieser Enquetekommission mitarbeiten zu können. Das wird eine span-

nende Arbeit. Ich hoffe, dass wir am Ende gemeinsam ein gutes Ergebnis vorlegen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rütze. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 22. Oktober 2019 sind über 6.000 Landwirte nach Bonn gefahren. Sie haben auf einer der bisher größten Kundgebungen gegen die Agrarpläne der CDU-Agrarministerin protestiert. Ja, das hört die CDU ungern. Das ist Ihre Agrarministerin.

Heute, drei Monate und viele Proteste später, sind wir immer noch meilenweit von einer bauernfreundlichen Politik entfernt. Allen voran macht sich die Nestlé-Agrarministerin Klöckner immer noch zur Erfüllungsgehilfin der BUND-Umweltministerin Schulze. Eine verschärfte Düngemittelverordnung wider den gesunden Menschenverstand, weitere Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und eine massive links-grüne Umverteilung von EU-Agrarsubventionen – all das – das muss auch noch gesagt werden – mit freundlicher Unterstützung der NRW-Landesregierung und ihrer grünen Umweltministerin Frau Heinen-Esser.

Wer die Landwirte ernst nehmen möchte – offensichtlich sind wir immer noch die Einzigen, die das tun –, der muss auch über die Themen „Düngemittelverordnung“, „Pflanzenschutz“ und insbesondere „EU-Agrarsubventionen“ sprechen sowie für Herrn Rütze anscheinend auch noch über „Protektionismus“.

Nitrate gehören zu den wichtigsten Grundbausteinen und Nährelementen in der Lebensmittelproduktion. Die Nutzpflanzen nehmen diese Grundbausteine auf und wandeln sie durch Fotosynthese in lebenswichtige Proteine um. Eine ausreichende Versorgung der Nutzpflanzen mit Nitraten ist für das Pflanzenwachstum und zum Schutz der Bodenfruchtbarkeit ganz einfach unverzichtbar.

Wie der Name schon sagt: Es sind Lebensmittel, also Mittel zum Leben. Wir brauchen sie, und die Pflanzen brauchen entsprechend die Nitrate.

So unterschiedlich die Böden sind, so wenig hilfreich ist ein einheitlicher EU-Grenzwert für Nitrate in ganz Europa. Das Problem, das hier also von der Politik geschaffen wurde, ist einfach künstlich erzeugt worden. Bis heute fehlt der wissenschaftliche Anspruch bei der Beurteilung der Nitratbelastung. Ein aussagekräftiger Gesamtwert für die Nitratbelastung, den

man auch mit anderen Bundesländern vergleichen kann, existiert einfach nicht.

Anstatt mit dem Finger auf die Landwirte zu zeigen und wie die FDP von nebulösen Zukunftschancen zu schwadronieren, sollten erst einmal die Probleme der Gegenwart beantwortet werden.

(Norwich Rütze [GRÜNE]: Der Einzige, der schwadroniert, sind Sie!)

Das sind, Herr Rütze, rein politisch zu verantwortende Probleme, die Sie alle hier zu verantworten haben. Anstatt diese Probleme zu lösen, wollen Sie jetzt in einer Enquetekommission einfach mal ein bisschen darüber reden, damit die FDP versuchen kann, die Bauern, die von der CDU mittlerweile genug haben, abzugreifen. Das werden die Bauern aber nicht machen; denn sie sehen, was sie von der FDP haben. Sie wissen es.

In Ihrem Antrag wird von gesunden landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen, Herr Diekhoff. Von welchen gesunden Betrieben, die nicht erst hohe Investitionen wieder einfahren müssen, spricht die FDP eigentlich? Es gibt gerade im landwirtschaftlichen Raum einen Flächenbrand. Jeder landwirtschaftliche Betrieb wird von Ihrer und auch von der FDP-Politik gegängelt.

Die Agrar- und Umweltpolitik der EU ist an einem irrsinnigen Punkt der Überregulierung angelangt. Die Laschet-Parteien sind auch bereit, die Landwirte für ihre Klimaideologie zu opfern. So heißt es in dem FDP-Antrag: „Auch die Landwirtschaft muss selbstverständlich einen Beitrag leisten“ – natürlich zu den Pariser Klimaschutzzielen. Wenn es schon die Chinesen, die US-Amerikaner, die Russen usw. nicht tun, dann müssen es die deutschen Landwirte machen. Vielleicht müssen die Kühe einfach weniger Methan ausrülpfen. Ich weiß nicht, wie Sie das ansonsten meinen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Glauben Sie eigentlich den Unsinn, den Sie erzählen?)

Nach außen mag sich die FDP gemäßiger geben als die Grünen, aber Sie träumen mittlerweile von den gleichen Umverteilungsfantasien und beten ebenso die heilige Greta und die „Church of Global Warming“ an.

Gleich viermal hat sich die FDP in ihrem Antrag selber als Partner der Landwirte gelobt, wenn es sonst schon keiner macht. Vielleicht meinen Sie, dass man eine Fantasievorstellung nur oft genug wiederholen muss, damit sie zur Wahrheit wird.

(Norwich Rütze [GRÜNE]: So machen Sie das doch!)

So recht glauben, dass die FDP ein Partner der Landwirte ist, können wir das nun wirklich nicht. Wer

zeigt sich denn uneinsichtig, wenn landwirtschafts-fremde Spekulanten reihenweise Ackerflächen aufkaufen? Das sind Sie von der FDP.

Seit über zwei Jahren stehen Sie schon in der Regierungsverantwortung. Wir haben überhaupt nicht gesehen, dass Sie sich ernsthaft für die Landwirtschaft einsetzen. Das Spielchen mag vielleicht auf der Bundesebene mit der One-Man-Show Lindner ein ganz klein wenig funktionieren, nicht aber hier in Nordrhein-Westfalen; denn hier steht die FDP noch in der Regierungsverantwortung.

Es gibt viel zu viel, wofür die Landesregierung kritisiert werden kann. Schlussendlich geht es uns jedoch darum, ob der Landwirt etwas davon hat oder nicht.

Wir glauben, dass sich die Gegner der Bauernschaft nicht mehr so leicht wegducken können, wenn wir die Landwirte als Sachverständige hier in den Landtag einladen.

Wir werden unseren Auftrag als einzige konservative Oppositionspartei selbstverständlich auch in der Enquetekommission zur Landwirtschaft wahrnehmen. Wenn ich die Reden hier gehört habe, dann weiß ich, dass das auch dringend nötig ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blex. – Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Ich darf deshalb fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/8414 seine Zustimmung erteilen möchte. Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Der guten Ordnung halber frage ich, ob es Neinstimmen gibt. – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8414** einstimmig vom Hohen Hause angenommen worden.

Ich rufe auf:

7 Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8423

Ich darf die Aussprache eröffnen und für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Kampmann das Wort geben. Bitte sehr.

Christina Kampmann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich einmal vor, eine digitale Revolution erfasst unser Land, und eine Partei gibt vor, sich diese ganz oben auf die Fahne zu schreiben. – Herr Hafke nickt schon.

Diese Revolution erfasst alle Bereiche unseres Lebens: die Wirtschaft, die Arbeit, die Kommunikation und letztlich auch unsere Städte und Gemeinden. Als sie schon ganz weit fortgeschritten war und sich viele Bürgermeisterinnen und Landräte – die meisten übrigens von anderen Parteien als dieser einen – längst ihre Gedanken gemacht und Projekte angestoßen hatten, kam der Minister dieser Partei plötzlich auf die Idee, sich ein paar Kommunen herauszugreifen und diese mit ganz viel Geld auszustatten, um dort richtig tolle Vorzeigeprojekte anzustoßen.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja!)

Was die anderen Kommunen davon haben, fragen Sie sich vielleicht. Lassen Sie mich kurz nachdenken: Erst mal gar nichts – obwohl die digitale Revolution schon längst im Gang ist und die Mehrzahl der Menschen, die in diesen Kommunen leben, zum Beispiel nicht länger einen Tag Urlaub nehmen wollen, um Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Aber halt, da gab es doch mindestens ein Versprechen, das denen, die nicht im elitären Kreis der Modellkommunen sein sollten, gegeben wurde: Sie sollten Geld bekommen, um eigene Projekte besser finanzieren zu können. „K400 – Kommunal wird Digital“ sollte der wohlklingende Titel dieses Fonds sein, ausgestattet mit 100 Millionen Euro.

Doch während die Modellkommunen längst arbeiten und jede Woche ein neues tolles Vorzeigeprojekt präsentiert wird, konnte der Minister keine Angabe dazu machen, was mit diesem Fonds eigentlich passiert ist.

Die anderen Kommunen hätten also jetzt allen Grund, traurig ihre Köpfe hängen zu lassen. Aber das tun sie zum Glück nicht, weil dort großartige und engagierte Menschen auch ohne die Unterstützung des Landes Verantwortung haben und ihre Stadt in eine digitale Zukunft führen.

„Smart City“ ist längst kein Schlagwort mehr. Dahinter verbergen sich etliche großartige Ideen, wie wir unsere Städte und Gemeinden lebenswerter und vor allem auch moderner machen können.

In Duisburg wird gerade an einem Konzept für smarte Quartiere gearbeitet, in Dortmund an innovativen Einsatzfeldern für Augmented Reality in Binn- und Seehäfen. Hier in Düsseldorf geht es um intelligente Fuhrparks, die das Fahrzeugaufkommen vermindern sollen. Auffällig ist übrigens, dass so